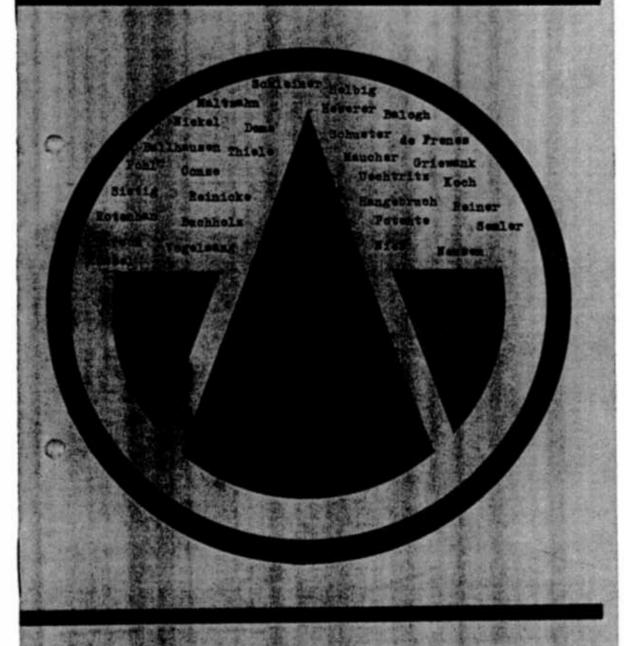
BON 26.29.6.73 (

Demokratische

Mitte



Sozialliberaler Hochschulverband

Bro 5.0.1.162



6. Sem. Math.

SPD Juso
Bundesvorstandsmitglied
der DSU/SLE 1972



Michael Uechtritz 2. 3mm. iur.



Harald Potente 1. Sem. med. dent.



Fritz Holbig Vorstandenitglied der IM Großer Senat

Impressums

Erscheinungsort: Redaktion

Layouti Verantwortlicht

Erscheinent

Herstellungs

Auflagel

Preiburg

Andreas Griswank, Fritz Helbig Michael Uschtritz

Harald Potente

Demokratische Mitte Sozialliberaler Hochschulverband 78 Freiburg Sedanstraße 24 Telephon: 24869

Binmalig zu den Studentenratswahlen im Sommersemester 1973

Druckerei Rauscher 78 Freiburg Eisenbahnstraße 64 Telephon: 36363

8000

100000

Inhaltsverzeichnist

Kritik an der IRG - Novelle Seite

Reform und Gesellschaft Themas Dogmatienus

Bildungareform und Chancengleichheit 11

"Studentenkampf" und seine Folgen 14



Jürgen Reinicke 3. Sem. iur.



Christel Thiele 4. Sem. iur. Großer Senat



Michael C. de Frenes 9. Sem. iur.

Kritik an der LHG-Novelle

Die Hochschulen sind ein gesellschaftliches Sub-System unter anderen und haben damit ganz bestimmte Aufgeben zu erfüllen. Dieser gesellschaftliche Rahmenauftrag umfaßt für die Hochschulen die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnis und die Aus- und Weiterbildung von Personal, dessen die Gesellschaft zur Lösung ihrer Probleme bedarf.

Für die wissenschaftliche Forschung bedeutet das einerseits die Entwicklung zweckorientierter Technologien und Lösungsmethoden sowohl im natur- als auch im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, wie auch naturwissenschaftliche Grundlagenforschung und der Entwurf alternativer gesellschaftspolitischer Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Diese beiden Elemente, d.h. einerseits der Beitrag zum Funktionieren des Bestehenden, andererseits die kritisch-e Reflexion des gesellschaftlichen status quo, sollten auch die individuelle Ausbildung kennzeichnen und damit zu einer gleichzeitig effektiven und kritischen Berufsausübung, die Veränderungen indizieren kann, befähigen.

Zur Bewältigung ihrer wachsenden sozialen und technischen Probleme kann die Gesellschaft entsprechende wissenschaftliche Leistungen der Hochschule erwarten und ist berechtigt, die Schwerpunkte der Forschung und die fachliche Ausbildung ihrer Akademiker qualitativ und quantitativ durch ihre gewählten Organe bestimmen zu lassen.

Das darf nicht zur Folge haben, daß alles, was an den Hochschulen an Grundlagenwissenschaften und gesellschaftswissenschaftlichen Überlegungen betrieben wird, den notwendigerweise herkömmlichen Mitzlichkeitskriterien politischer Organe unterworfen wird. Für die Erarbeitung neuartiger, wissenschaftlicher Methoden und politischer Handlungsalternativen müssen Freiräume erhalten und finanziert werden.

Die Verwaltung dieser Mittel ebenso wie die konkrete Ausgestaltung der durch die staatlichen Organe grob inhaltlich bestimmten Forschungs- und Ausbildungsaufträge ist Aufgabe der demokratisch zu besetzenden Hochschulorgane. Es kann jedoch keineswegs demokratisch genannt werden, wenn die Angehörigen eines gesellschaftlichen Sub-Systems sich anheischig machen, ihrem Bereich völlig autonom zu verwalten mit dem nicht belegten Anspruch, dabei die Interessen der von ihren Entscheidungen Betroffenen, nämlich der Gesamtbevölkerung, zu verfolgen.

Auch bislang hat sich die autonome Universität mit den Zielen der innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Struktur bestimmenden Kräfte auf dem Wege stillschweigender Kooperation oder direkter Auftragsforschung abgestimmt. Bei der Berufs-

ausbildung vollzog und vollzieht sich diese Anpassung über den sog. Arbeitsmarkt. Gerade in diesem Bereich muß aber der marktwirtschaftliche Regelmechanismus versagen, da bei immer schnellerem Wechsel der benötigten beruflichen Qualifikation die Ausbildungszeit für Hochschulabsolventen bis zu zehn Jahren beträgt und damit die am Anfang der Ausbildung getroffene Berufswahl nach dem Abschluß der aktuellen Berufssituation kaum noch angemessen ist.

Dieses Problem kann auch nur begrenzt durch verbesserte Informationssysteme behoben werden, da sich der Wirtschaftsprozeß in der Regel einer detaillierten Prognose über mehrere Jahre entzieht. Sowohl in der Forschung als auch in der Berufsausbildung wird also in Zukunft eine gesamtgesellschaftliche Rehmenplanung die bisherige indirekte und zufällige Koordination zwischen Hochschule und gesellschaftlichen Bedarfsträgern ablösen müssen.



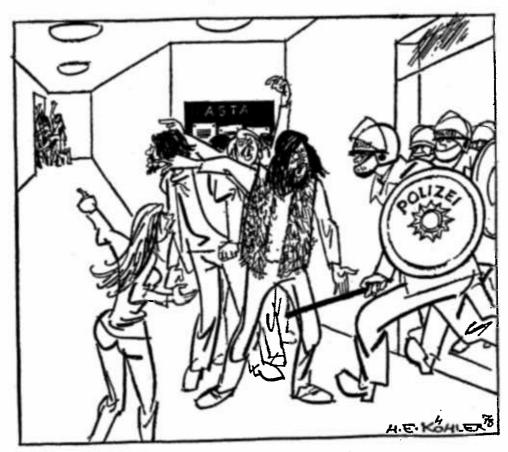
Sebastian v. Rotenhan 4. Sem. VWL Vorstandsmitglied der IM Großer Senat



Hannelore Sistig 2. Sem. pharm.



Nichael Schleiner 8.Sem.germ+ Gesch. Vorstandsmitglied der DM Großer Senat Studentenrat



Naues Uni-Ordnungsrecht

"Wir wußten uns nicht mehr zu helfen und mußten Sie rufen: Der Professor versucht dauernd, unsere Diskussion mit ihm durch seine Vorlesung zu stören!" Daraus ergeben sich folgende konkrete Forderungen für die Novellierung des Hochschulgesetzes:

- a) Die Hochschulen müssen das Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen uneingeschränkt behalten. Das betrifft insbesonders die Gestaltung von Forschung und Lehre. Durch den Entwurf der Landesregierung sind die Eingriffsmöglichkeiten des Kultusministeriums über alle Maßen ausgeweitet worden. Die Rechts-, Fach- und Sachaufsicht wird durch Generalklauseln (Zustimmungspflicht) verstärkt.
- b) In den vom Gesetz vorgesehenen Studienreformkommissionen müssen die Vertreter der Hochschulen gegenüber den staatlichen Mitgliedern die Mehrheit stellen. Die Beschickung der Studienreformkommission darf den Hochschulen nicht zugunsten des Kultusministeriums entzogen werden. Der im Gesetz auftretende Begriff des "sachverständigen Mitglieds" darf auf keinen Fall zum Ausschluß der Studenten aus der Kommission führen. In beratender Funktion sollen in die Studienreformkommissionen Repräsentanten speziell betreffener Gruppen (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften) hinzugezogen werden.
- c) Die im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsregelung sichert den Hochschullehrern eine nicht näher definierte Mehrheit. Somit wird der willkürlichen Paritätenfestlegung Tür und Torgeöffnet. Eine Zweidrittelmehrheit der Hochschullehrer gemäß den Winschen der Ordinarien ist dabei nicht ausgeschlossen. Demgegenüber fordert die IM/SLH, daß zumindest das satzungsgebende Organ der Hochschulselbstverwaltung sich paritätisch aus den drei Gruppen (Hochschullehrer, Bedienstete, Studenten) zusammensetzt.

Ein starrer Paritätenschlüssel für alle anderen Gremien ist nicht sinnvoll, wobei gesetzlich sicherzustellen ist, daß keine der angesprochenen Gruppen in einem Gremium die absolute Mehrheit erhält. Die Studierenden müssen in allen Gremien mit Stimmrecht vertreten sein.

Die Rede von sachgerechter Mitwirkung wird zur Farce, wenn man einerseits den Kompetenzkatalog des Großen Senats beschneidet, andererseits in solch wichtigen Fragen, wie z.B. der Berufung (§ 15 b) die Studenten von der Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Besonders zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang die Berufungskommission (6:1:1), wobei den Studenten und Assistenten lediglich eine beratende Stimme zugebilligt wird.

- d) Die Regelung des Novellierungsentwurfs, sämtliche Wahlen zu den Gremien der Universität, einschließlich der verfaßten Studentenschaft, als Briefwahl unter Berücksichtigung der Verhältniswahl durchzuführen, wird von der DM/SLH im Interesse einer hohen Wahlbeteiligung und einer angemessenen Repräsentation der Wählerschaft begrüßt.
- (1e) Um eine Ballung in einzelnen Fächern und damit den "numerus clausus" zu umgehen, muß durch eine intensive Studienberatung vor und während des Studiums dem Studenten geholfen werden, sein Studium in optimaler Weise zu bewältigen. Es ist dazu ebenfalls notwendig, für die einzelnen Studiengänge klare Berufsbilder zu erstellen und das Studium auf diese abzustimmen. Dieser Notwendigkeit wird die Jandesregierung gerenht, indem sie Studienberatung vor und während des Studiums durch die Universitäten in Zusammen arbeit mit den zuständigen Stellen gesetzlich regelt.
 - f) Das im Gegensats zum bisherigen Gesetz "griffiger" gemachte Haus- und Ordnungsrecht wird auch in der Zukunft nicht das geeignete Mittel sein, die Universitäten von Störern zu befreien. Einerseits öffnet das pauschale Hausrecht eines jeden Amtsträgers der Willkür Tür und Tor, andererseits bedarf die Hochschule keiner speziellen Strafverfolgung gegenüber ihren Mitgliedern. Die Normen, die die Gesetze vorsehen, müssen auch für die Hochschulen eingreifen. Aus diesem Grunde ist ein derartiges Ordnungsrecht abzulehnen.

g) Nicht nur die Universitätsgremien, sondern auch die Organe ier Studentenschaft werden in ihren Rechten beschnitten. Diese Maßnahmen sind nach Auffassung der IM/SLH trotz des Mißbrauchs der studentischen Interessenvertretung durch einige radikale marxistische Gruppen nicht gerechtfertigt. Die IM/SLH setzt sich für die verfaßte Studentenschaft in folgendem Sinne ein:

- Vertretung der Studen tenschaft gegenüber der Öffentlich-

keit

 Information der Studentenschaft über hochschulpolitische und studienbezogene Belange

- Koordination und Unterstützung der Arbeit der studentischen Gremienmitglieder

- Betreuung und Unterstützung benachteiligter Studenten (Ausländer, Körperbehinderte usw.)

- Pflege internationaler Studentenbeziehungen

- Förderung der politischen Bildung und Diskussion innerhalb der Studentenschaft

Die Bedentung der verfasten Studentenschaft ergibt sich aus ihrer traditionellen Rolle als kritisches Potential der Gesellschaft (Ausnahmen bestätigen die Bedeutung einer qualifizierten politischen Auseinandersetzung) und der Notwendigkeit, daß sich der Student nach Abschluß seines Studiums seiner Rolle und sozialen Verentwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden muß. Die Studentenschaft als Zwangskörperschaft besitzt kein ausdrückliches, allgemeinpolitisches Mandat, da ihr Grganisationszweck primär hochschulpolitischen Natur ist. Die Unterscheidung swischen Wahrnehmung eines hochschulpolitischen und eines allgemeinpolitischen Mandats ist jedoch keinesfalls justisiabel und muß der Kontrolle innerhalb der Studentenschaft überlassen bleiben. Keinesfalls darf sie der formale Ansatzpunkt administrativer Maßnahmen gegen mißliebige Studentenvertreter sein.



Albrecht Conse 2. Sem. iur.



Elke Hangebruch 4. Sem. VWL



Wolfgang Schuster 8. Sem. iur. stv. Vorsitzender des Großen Senats

Mathematikunterricht à la DDR

(eine "demokratische" Erungenschaft, die der Spartakus auch uns empflielt)

*Bine feindliche Fernkampfrakete, die mit der Geschwindigkeit v * 3000 m/s auf das Territorium der sozialistischen Länder zufliegt, wird vom Radersystem 600 km vor dem Überfliegen der Grenze geortet. Wieviel Zeit steht zur Verfügung, um diese Rakete spätestens beim Überfliegen der Grenze zu vernichten?

Hinweis: Das Zahlenbeispiel zeigt deutlich, daß die Soldaten der Luftverteidigung beständige Wachsamkeit besitzen und ihre Waffen und Geräte ausgezeitchnet beherrschen müssen, damit sie eine hohe Gefechtsbereitschaft erreichen, um in einem Ernstfall die Sicherheit der sozialistischen Länder garantieren zu können.

(aus einem Schulbuch der DDR)

Reform und Gesellschaft

Soweit die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik durch den parlamentarischen Aufbau und ein weitgehend li berales Rechtssystem gekennzeichnet ist, kann sie als eines der bislang fortschrittlichsten und menschenwürdigsten Systeme der Geschichte überhaupt gelten. Die kapitalistische Organisation des Wirtschaftsbereiches besticht zwar nach wie vor durch eine vergleichsweise hohe Effektivität speziell für den Sektor der Konsumgüterproduktion, ist aber von sich aus nicht in der Lage, den an Bedeutung wachsenden Anteil öffentlicher Bedürfnisse, die sich einer marktwirtschaftlichen Befriedigung entziehen, angemessen zu berücksichtigen.

Zudem begründet sie eine Hierarchie der Abhängigkeit, die teilweise nicht durch individuelle gesellschaftlich nützliche Leistung, sondern u. a. durch Erbschaft, Spekulation, Steuer-manipulation bestimmt ist und damit die formale Gleichheit der Staatsbürger im politischen Bereich z. T. aufhebt.

Ungeachtet der sich daraus ergebenden Verzerrung für die Repräsentation der verschiedenen Gruppen in den Parlamenten und ihres Einflusses auf den politischen Entscheidungsprozeß ist es jedoch sinnvoller, für die Durchsetzung von Reformen inner-halb der bestehenden, durchaus ansatzweise demokratischen und auch gegenüber prinzipiellen Änderungen offenen Entscheidungs-mechanismen zu arbeiten, statt sie zu zerschlagen und damit das bereits Erreichte zu gefährden.

In diesem Sinne sind die bundesdeutschen Parlamente als Träger des gesamtgesellschaftlichen Willens anzusehen und ihre Mehr heitsentscheidung sowie sich daraus ergebende Maßnahmen als legitim zu betrachten.



Wir beschaffen Ihnen ausländische Banknoten und Münzen.

Wir versorgen Sie mit Relseschecks.

Wir führen fristgemäß alle fälligen Zahlungen während Ihrer Abwesenheit aus.

Wir verwahren Ihre Wertsachen in unseren Safes.

Noch ein guter Tip: Mit Ihrem Scheckheft und Ihrer Scheckkarte haben Sie im Inland und - durch den eurocheque-Service - in 17 europäischen Ländern stets Bargeld zur Verfügung.

Fragen Sie die Deutsche Bank

FILIALE DORTMUND - Betenstraße 11-17 - Telefon 54121 mit zahlreichen Zweigstellen im Stadtgebiet und Geschäftsstellen in allen Städten der Umgebung

Thema: Dogmatismus

Dogmatismus ist ein ins Extreme gesteigerter theoretischer Monismus, der den Anspruch auf absolute Wahrheit erhebt, ohne einen logischen oder rationalen Nachweis darüber zu führen. Er ist das Ergebnis eines intellektuellen Zerfallsprozesses, in dessen Verlauf der letzte Rest kritischer Einstellung verloren gegangen ist. Mit dem Zusammenbruch der autoritären Rechtfertigungsphilosophie (als Ergebnis des Kritischen Rationalismus) hat der theoretische Monismus seine Existenzberechtigung verloren. Demit ist auch das philosophische Alibi für jegliche Art von Dogmatismus zusammengebrochen!

Theoretischer Pluralismus ist aus monistischer Sicht ein "Chaos der Meinungen", ein Stadium der Unreife, das es zu überwinden gelte. Während ein Befürworter des Pluralismus eine Fülle von Ideen als Zeichen geistiger Produktivität begrüßt, sieht ein Anhänger des Monismus darin ein Symptom des Verfalls, einen Zustand, wo es keine Basis und keine Richtlinien mehr gibt, nichts, was sicher wäre.

Wer aber "absolute Wahrheiten", d.h. definitive, unter keinen Umständen revidierbare Doktrinen verkündet, nimmt absolute Wahrheitserkenntnis und damit die Existenz einer Wahrheitsgarantie für sich in Anspruch. Er behauptet damit implizit, daß alle



Stephan Ballhausen 5. Sem. med. Großer Senat Studentenrat Spoak



Regine Maucher 8. Sem. VWL Studentenrat Großer Senat bis 72



Dirk Geerte lo.Sem.VWL. Studentenrat Großer Senat CDU

Fahren Sie gerne Auto und suchen einen Nebenverdienst?

Als führendes Unternehmen umserer Branche legen wir großen Wert auf ein überdurchschnittliches Niveau umseres Fahrpersonals. Wir beschäftigen daher laufend
Studenten und Studentinnen sowohl aushilfsweise während der Semester wie
hauptberufflich in den Ferlen. Als Dienstleistungsunternehmen mit 24-Stunden- und
Sonn- und Feiertagsbetrieb können wir außergewöhnliche Arbeitszeiten bieten:
Tag- und Nachtschichten oder auch Abend- bzw. Spätschichten.

Bei guter Führung und Mitarbeit ergeben Grundlohn, Prämien und Trinkgelder einen Monatsverdienst von ca. DM 1300,- bis DM 1400,-.

Bewerber solten eine mehrjährige, möglichst vielseitige Fahrpraxis nachweisen können, zuverlässig sein, vorbildliche Umgangsformen besitzen. Sie milssen gewillt sein, sich reibungstos in unsere straffe Betriebsorganisation einzufigen und unsere gute, aber auch anspruchsvolle Kundschaft aufmerksam, höflich und zuverkommend zu bedienen. Interessenten werden um persönliche Vorstellung gebeten in unserem Büro, Stefan-Meier-Straße 133, STINNES-FANAL-Großtankstelle, täglich von 10:30 bis 12:00 Uhr und 16:00 m. 17:30 Uhr.



Bernd Koch 2. Sem. iur.



Ines v. Maltsahn 5.Sem.germ.+ pol.



Rudolf Pohl 4. Sem. iur. +VWL

kritischen Argumente gegen seine These - einschließlich derer, die er überhaupt nicht kennen kann , weil sie z. B. erst in der Zukunft auftauchen werden - nicht stichhaltig sein können. Das ist Dogmatismus, und wer ihn verkündet, zeigt, daß er im Grunde an der Wahrheitsfindung nicht interessiert ist.

VSLH lehnt jedes Wissenschaftsverständnis entschieden ab, das von vorgegebenen, vorwissenschaftlich gewonnenen Aussagen (z. B. "objektive" Gesetzmäßigkeiten oder Interessenlagen) ausgeht, denn als wahr und allgemeingültig wird dabei nicht das angenommen, was allseitiger logischer und empirischer Kontrolle standhält, sondern was den "Lebensgesetzen der Gemeinschaft", den "Gesetzen der Geschichte", der "Natur" oder dem "Wesen des Menschen" entspricht.

Worin diese Gesetzmäßigkeiten bestehen und wie sie zu interpretieren sind, bestimmt eine zuständige ideologisch-politische Autorität. Mit totalem Wahrheitsanspruch auftretend, verschafft sie sich die Scheinlegitimation für eine Eliteherrschaft mit Absolutheitsanspruch.

So einer Autorität gelang es oft in Form einer Partei oder einer relativ geschlossenen und hierarchisch strukturierten Gruppe, eine Bürokratie religiöser oder weltanschaulicher "Experten" zu errichten. Gleichzeitig existiert ein Interpretationsmonopol, so daß sich mit gewissen Überzeugungen der Gehorsamsanspruch von Inhabern bestimmter sozialer Positionen verbindet, die zur Deutung einer "Offenbarung" legitimiert sind und zur Durchsetzung ihrer Ansprüche und damit auch zur Verbreitung ihrer eigenen laubensvorstellungen über Sanktionen der verschiedensten Art erfügen bis hin zu den Mitteln physischer Gewalt.





Michael Reberer 4. Sem. med.



Gisels Semler 4. Sem. iur.



Norbert Reiner 6. Sem. iur. F.D.P. Judo

Deutungsmonopol, Gehorsamsanspruch, Glaubenspflicht und Verfolgung Andersgläubiger zeigen hier sehr deutlich den grundlegenden Zusammenhang der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie mit sozialen und politischen Problemen und der sozialen und politischen Praxis. Dabei dient Wissenschaft nicht mehr als Basis für eine kritische Auseinandersetzung mit Parteidoktrinen, sondern wird diesen unter Berufung auf "wissenschaftlich begründete" Werturteile untergeordnet (Parteilichkeit der Wissenschaft). Hiermit erhält Wissenschaft eine Abstützungsfunktion für die Interessen und Ansprüche einer Partei und wird dem Herrschaftsanspruch einer Ideologie unterworfen. So dient Wissenschaft als geeignetes Mittel zur praktischen Menschenführung.

Die Begründung für derartige Ideologien besteht aus einer Verbindung von frei wählbaren Definitionen mit ebenso frei wählbaren Werturteilen, mit deren Hilfe jeder moralisch-politischen

Auto-Kallinich



<u>L</u>,

VW-Spezialist und Unfalldienst

Kundendienst · Reparaturen

78 Freiburg i. Br., Schwarzwaldstraße 111

Tel.: 35981



Reinhard Vogelsang 4. Sem. iur.



Klaus Harsch 4. Sem. iur.



Edgar Nies 4. Sem.iur.

Ordnung der Anschein einer höheren, von allem menschlichen Dafürhalten unabhängigen Richtigkeit, Gültigkeit oder Wahrheit verliehen wird. Solche Aussagensysteme erheben Absolutheits- und Wahrheitsansprüche, indem sie sich der Kritik durch Immunisierung (Verschleierung von Prämissen, Benutzen von Zirkelschlüssen, Dogmatisierung von Basissätzen) entziehen. So ist der jeweilige politische Gegner in einer "Verblendung" oder einem "følschen Bewußtsein" befangen und dadurch außerstande, den "wahren" Sinn eines mit dem Pathos des Absoluten auftretenden Gedankengebäudes zu erfassen. Jeder Zweifel und jede Kritik an vorausgesetzten "Heilswahrheiten" wird von vornherein als Ausdruck oder Symptom eines "verblendeten" Denkens disqualifiziert.

Die faktischen Konsequenzen für die Menschen sind und waren Terror, Unterdrückung, Aufhebung der Selbstbestimmung. Beispiele bieten die Ideologien des Nationalsozialismus und des Marxismus. Hier wurden bzw. werden aus der Überzeugung einer einzig wahren "Heilslehre" heraus zur Realisierung spekulativer und zukünftiger Ziele, die Beseitigung der Menschenrechte, Terror, Diktatur und Mord gerechtfertigt.

Gegen derartige Ideologien, gagen machtvolle, werthafte Weltdeutungen mit allen ihren politischen Implikationen hat sich im Zuge der Ideologiekritik zunächst vor allem die Naturwissenschaft ihr methodisches Selbstbewußtsein erkämpft. Sie konnte ihre Unabhängigkeit von religiöser und politischer Bevormundung durchsetzen. Alle Versuche der Unterordnung der Naturwissenschaft unter Ideologien (Giordano Bruno, Kopernikus, Galilei - Christentum/ "deutsche"Physik - Nationalsozialismus/ "sozialistische" Biologie - Lyssenko unter Stalin) sind gescheitert. Es zeigt sich dabei, daß die erwähnten "objektiven" Gesetzmäßigkeiten tatsächlich nur aus Definitionen und Werturteilen bestenden und bestehen, die je nach den verschiedenen Machtinteressen austeuschber sind.

DM/SLH bekämpft deshalb jedes Wissenschaftsverständnis, das davon ausgeht, daß der gesamtgesellschaftliche Prozeß auf ein objektives, werthaftes Endziel hingeordnet ist, da die aus dieser Zielrichtung "wissenschaftlich" entnommenen und begründeten Direktiven und Garantien für das politische Handeln nur zur Legitimation von unkontrollierter Herrschaft dienen.

Unsere Ablehnung bleibt aber keine Sache rein akademischer Wahrheitsfindung, sondern

- stellt genau den Marxismus als Weltauffassung radikal in Frage, der den Anspruch erhebt, bisher die einzige umfassende Grundlage für gesellschaftspolitische Konzeptionen zu sein!
- rechtfertigt die konkreten Auseinandersetzungen der DM/SLH sowohl mit den konservativ-reaktionären als auch den dogmetisch-marxistischen Kräften an der Universität Freiburg.



Kollegen

Genossen KXMPFT MIT UNS GEGEN

die von Euch gewählte Regiorung den von Euch gewählten Betrieberet das von Euch gewählte Unterhehmen

ZERSTURT MIT UNS

den Staat, der Euch zu satt macht, den Lebenestanderd, der Eugh zu welch macht, die Gesellschaft, die Euch zu reich macht.

LEHNT AB

moderne Maschinen, die viel zu schneil laufen, naue Fabricationeraums, die viel zu übereichtilah eind. rationelle Produktionsmethoden, die nur auf Euere Kosten gehen.

KXMPFT FUR

aite Meschinen, damit auch die Genoesen im Ausland etwas devon heben

alte Fabrikationeräume, damit ihr dagegen protestieren könnt, altmodische Produktionsmethoden; denn der verdammte Fortschritt erschwert die proleterieche Verbrüderung mit dem Osten.

Kollegen Labt es Euch von uns sagen:

Euch geht es schlecht und immer schlechter! Last Euch nicht vom Augenachein tilluschen

ihr habt zwar ein Auto; aber gehört Euch die Fabrik, in der ihr arbeltet?

Euern östlichen Freunden gehören die Fabritten, wozu breuchen Sie noch ein Auto? Was let denn mehr wert?

Kollegen Heift uns und laßt es Euch schlecht gehen!

Reißt nieder und sägt die Xate ab, auf denen ihr mit Eusen felbe Hintern so bequern sitzt. Wenn ihr herunterfallt, arbeitelos seid und nichte mehr zu tun habt, dann gibt es für une viel zu tun. Derauf wollen wir hinarbeiten, gemeinsam -- heift uns debeit

Kollegen Wir versprechen Euch eine giückliche Zukunfti

Eine Zeit, in der wir eagen, wie glücklich ihr seid, einen peradieslechen Zuetand, in dem thr Euch keine Gedanken mehr zu machen braucht. Seld so frei, und laßt uns Euch zeigen, was Freiheit lat.

Wir sind dann thr -- uncore Stimme int livery Stimme -wasers Stimme genügli

Euer Bund der Pareleitserbreiter Auserhaß Klassenkrampf

Die vollkommene Information

Der Werkdirektor sagt zum Fachdirektor: "Morgen um neun Uhr findet eine Sonnenfinsternis statt. Also etwas, was man nicht alle fage sehen kann. Lassen sie die Belegschaft im Ausgehanzug antreten. Bei der Beobachtung dieses seltsamen Ereignisses werde ich selbst die Erläuterungen geben. Wenn es regnet, werden wir das nicht gut sehen können. Die Belgschaft begibt sich dann in den Speisesaal. Der Fachdirektor zum Hauptabteilungsleiter: "Auf Anweisung des Werkdirektors findet morgen um neun Uhr eine Sonnenfinsternis statt. Wenn es regnet, werden wir das im Ausgehanzug auf dem Werkhof nicht gut sehen können. In diesem Falle führen wir das Verschwinden der Sonne im Speiseraum durch. Also etwas, was man nicht alle Tage sehen kann. Der Hauptabteilungsleiter zum Abteilungsleiter * Auf Anweisung des Werkdirektors wird morgen um neun Uhr im Ausgehanzug das Verschwinden der Sonne im Speiseraum durchgeführt. Der Werkdirektor gibt Anweisung, ob es regnen soll. Also etwas, was man nicht alle Tage sehen kann. Der Abteilungsleiter zum Gruppenleiter: "Wenn es morgen im Speiseraum regnet, also etwas, was man nicht alle Tage sieht, verschwindet um neun Uhr unser Werkdirektor im Ausgehanzug." Der Gruppenleiter zum Kollegen: Morgen, um neun Uhr, soll unser Werkdirektor verschwinden. Schade, daß man das nicht alle Tage zu sehen bekommt."

Bildungsreform und Chancengleichheit

Das Schlagwort "Bildungsnotstend" und der Ruf nach Bildungsreform sind in den letzten Jahren bereits zur Gewohnheit
geworden. Von allen politischen Gruppierungen in ihrem Interesse interpretiert, werden mit diesen Begriffen in der breiten
Öffentlichkeit und selbst unter den Studenten nur selten klere
Vorstellungen oder Konzepte verbunden. Die ersten Denkanstöße
liefern überfüllte Hörsäle und der Numerus clausus, aber eine
rein pragmatische Lösung dieser Probleme, bei der nicht über
den Zweck der Bildung für Individuum und Gesellschaft neu nachgedacht wird, kommt allenfalls einigen wenigen zugute, ohne an
der grundsätzlichen Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems
irgend etwas zu verändern.

Oft wird lapidar darauf hingewiesen, daß Leibniz der letzte Universalgelehrte gewesen sei. Vordergründig wird damit der "Spezialist" als der moderne Typ des Wissenschaftlers dargestellt. Wichtiger als dieser begriffliche Wandel ist jedoch die einschneidende Veränderung des Menschenbildes, die sich im Gefolge der industriellen Revolution vollzogen hat und sich heute angesichts des technischen Fortschritts immer schneller vollzieht.

Da auch die kleine Welt des Alltagslebens für den einzelnen immer unüberschauberer wird, gerät der Mensch zunehmend in die Gefahr, sein eigenes Ich an seiner Umgebung nicht mehr spiegeln zu können. In diesem Prozeß der Selbstentfremdung tritt an die Stelle bewußter Daseinsgestaltung uniforme Bedürfnisbefriedigung, die in ihrer Fixierung auf Angebot-Nachfrage-Kategorien die Individualität im Massentrend untergehen läßt.

<u>Ideen</u> brauchen Geld

Die Idee einer Ausende von Ideen bleiben Blück werden Zu nützlichen Dingen. Zu Glühlampen, Reißverschlüssen, Maschinen, Computern, Weil die Ideen zum Geld finden, Ober die Bank.

Soziale Demokratie und Leistung

Hinzu kommen die "Sachzwänge" unserer hochtechnisierten Welt: Aus Rationalitätsgründen müssen Hochöfen auch nachts in Betrieb sein, Fließbänder erfordern starre Arbeitszeiten, und wegen der hohen Bodenpreise werden Betonsilos errichtet, in deren Umgebung an Kinderspielplätze meist nicht gedacht wurde.

Das alles legt die Vermutung nahe, daß nicht die Technik für den Menschen, sondern der Mensch für die Technik da sei, und deshalb sollte die vordringlichste Aufgabe der Bildung sein, ein humaneres Selbstverständnis zu vermitteln: Der Mensch ist ein in seiner Umgebung aktives Subjekt, nicht deren vorprogrammiertes Objekt. Mehr Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung lautet die Forderung. Zu ihrer Erfüllung ist das Verstehen der Umweltgegebenheiten ebenso notwendig wie die kritische, rationale Auseinandersetzung mit ihnen.

Die größten Abhängigkeiten des Menschen in dem westlichen Industrie- und Leistungsgesellschaften sind technokratischer Natur (wie die oben erwähnten Sachzwänge), oder aber wirtschaftlicher und informatorischer Natur. Indem dem einzelnen wichtige Informationen versagt bleiben, können illegitime Herrschaftsansprüche, z. B. im hierarchischen Aufbau der Wirtschaft, als Notwendigkeiten und Sachzwänge ausgegeben und dadurch scheinbar legitimiert werden.

Technik im Dienete des Menachen

Der ungebildete und unkritische Betrachter merkt nicht, wie gleichzeitig seine Verhaltensmuster und ethischen Normen so manipuliert werden, daß der Schritt von der (scheinbaren) Demokratie zur Diktatur nicht allzu groß ist, wie die nähere Vergangenheit in erschreckender Weise gezeigt hat.

Wenn sich also die Bildung auch weiterhin darauf beschränkt, ungeprüfte Moralvorstellungen und Verhaltensnormen zu vermitteln, werden wir uns von der Gefahr einer technokratischen oder ideologischen Diktatur nicht befreien können.





Dem Ansprucheines modernen Menschenbildes, das auf bewußter Selbstbestimmung beruht, wird nur eine Gesellschaft gerecht, die das Leistungsprinzip auf der Grundlage allgemeiner Chancengleichheit verwirklicht. Den Ubergang von der ständischen Leistungsgesellschaft zur "Sozialen Demokratie" mußeine Gesellschaftspolitik herbeiführen, die in ihrem Kern Bildungspolitik ist.

Sprache und Begebung

Nirgends aber zeigt sich die Ungleichheit der Startohancen deutlicher als im herkömmlichen Bildungswesen. So setzt etwa das Ausleseverfahren des in Grund-, Haupt-, Realschule und Gymnasium starr gegliederten Schulsystems einen Begriff der Begabung an, der lediglich die quantitativen Leistungen nach Maßgabe eines undifferenzierten Lehrplanes erfaßt.

Untersuchungen über die Früherziehung des Kindes und über die Milieusbhängigkeit der Begabungsäußerungen finden erst seit einigen Jahren Beachtung in der staatlichen Schulpolitik. Da nach neueren Erkenntnissen das Kleinkindalter die wichtigste Lernphase darstellt, sind Kinder aus sozial schwachen Schichten gegenüber anderen stark benachteiligt, da sie sich verbal weniger gut auszudrücken vermögen als diese und kaum Gelegenheit hatten, ihre individuelle Begabung innerhalb ihres Milieus herzuszubilden.

Die Folge ist, daß sie in der Schule irrtimlich als "weniger begabt" eingestuft werden, wodurch in starrer Form die gesellschaftlichen Klassen von Generation zu Generation reproduziert werden: Akademikerkinder besuchen wieder die Universität, während Arbeiterkinder meist wieder Arbeiter werden.

irrationalität der Leistungsmotivation

Der herkömmliche Leistungsbegriff ist auf zweifache Weise irrational: Erstens besteht die Motivation für Leistung hauptsächlich aus Pflichtbewußtsein (in einer Form, in der es nur allzu leicht von Diktatoren mißbraucht werden kann) und Konkurrenzdenken, das jedes Einüben von wirksamer Zusammenarbeit verhindert. Leistung wird also subjektiv als Leisten-Müssen, als Zwang empfunden.

Zweitens wird Leistung objektiv gemessen, und zwar einseitig unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Verwendbarkeit. Bei dieser reinen Effizienzbetrachtung werden individueller Leistungswille und -fähigkeit völlig außer Acht gelassen, Hinzu kommt, daß von vornherein intellektuelle Leistung höher bewertet wird als manuelle, wodurch oft auf Gegenseitigkeit Vorurteile und Verachtung eine Annäherung zwischen der "arbeitenden" und der "denkenden" Bevölkerung verhindern.

Nach dieser Überlegung dürfte klar sein, daß der herkömmliche Leistungsbegriff auch als Grundlage für Löhne und Gehälter nicht gerechtfertigt erscheint: Unterhalb jeder Differenzierung muß ein Lebensstandard sichergestellt sein, der die grundlegenden Bedürfnisse menschlicher Existenz befriedigt und der in einem vernünftigen Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Bevölkerung steht.

«Studentenkampf» und seine Folgen

Nachdem die Studentenbewegung seit Mitte der sechziger Jahre den selbstzufriedenen gesellschaftspolitischen Immobilismus der bundesrepublikanischen Gesellschaft ins Wanken gebracht hatte, konnte sie für ihre Ziele bei Teilen der Öffentlichkeit in wachsendem Maße Sympathie erlangen. Auch die verunsicherten staatlichen und kommunalen Autoritäten änderten ihr Verhalten, einige Forderungen wurden aufgenommen und in Ansätzen realisiert. Das gilt auch und insbesondere für die in den sozialdemokratisch regierten Ländern durchgeführten Hochschulreformen. Der Überdruß an der überkommenen Ordinarienuniversität war allgemein, die Notwendigkeit der Studienreform wurde auch von großen Teilen der Professorenschaft anerkannt.

Durch die Reform der Universitätsstruktur, insbesondere die Gliederung nach Fachbereichen anstelle der alten Fakultäten und die Einräumung beträchtlicher Mitbestimmungsrechte sollte die Voraussetzung für eine lebendige Selbstreform der Universitäten geschaffen werden. Doch der anfängliche Optimismus wich bald allgemeiner Ermüchterung, an grundsätzlicher Reform der Studieninhalte-und Methoden geschah aufs Ganze gesehen während der letzten Jahre in der Bundesrepublik fast nichts.



Worauf ist das zurückzuführen? Sicherlich zum erheblichen Teil auf die Unbeweglichkeit und das Desinteresse eines großen Teils der Professoren, der Hochschulverwaltung und der Kultusbürokratie. Was haben die studentischen Vertreter in diesem Zusammenhang geleistet oder unterlassen? Hier ist zu untersuchen, zu welchen Konsequenzen das marxistisch-leninistische Selbstverständnis der Mehrheit der studentischen Gremienvertreter und ihre entsprechende langfristige Strategie führen mußte und weiterhin führt. Die Vorstellungen und Forderungen marxistischer Gruppen hinsichtlich der Hochschulreform reduzieren sich im wesentlichen auf folgende Kernpunkte:

- Abbau aller restriktiven Studienbeschränkungen (Pflichscheine, Zwischenprüfungen, Regelstudienzeiten usw.)
- Einbringung von marxistischer Theorie in allen Studienfächern, Verdrängung "bürgerlicher" Inhalte
- Ablehnung jeglicher Orientierung an bestehenden Bedarfssituationen in Staat- und Privatwirtschaft



Didaktische Verbesserungen, ehemals eine zentrale Forderung der Studentenbewegung, werden mittlerweile meist mißtrauisch beäugt und als systemstabilisierende Effektivitätssteigerung abgelehnt.

Mangels jeden Minimalkonsensus' in Grundsatzfragen wurden die Hochschulgremien zu Stätten fruchtloser Hahnenkämpfe und Geschäftsordnungsdebatten. Globale, abstrakte Forderungen, wie die, die Wissenschaft in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung zu stellen, bilden keine Grundlagen für eine Studienreform, da sie außer der Ablehnung jeglicher Wehrforschung keinerlei Konkretisierung erfahren. Keine den marxistischen Gruppen hat sich jemals die Mihe gemacht, darzulegen, was an der derzeit betriebenen Naturwissenschaft, Medizin und Sprachwissenschaft für oder gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit ist. Denunziert man das gesamte bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem als unmenschliches Ausbeutungs- und Vernichtungsmonstrum. so kann Inhalt von Studium letztlich nur Aufklärung über diesen angeblichen Tatbestand, verbunden mit der Aufforderung "an der Seite der Arbeiterklasse" für das ganz neue, nämlich den Sieg der Revolution zu kämpfen. Ein steriles Konzept, das sowohl an der Kompliziertheit als auch den Bedürfnissen und Möglichkeiten der einzelnen Studenten völlig vorbeigeht.

In gleichem Maße wie reale Reform und schrittweise Veränderungen, die der Einzelne z. B. im Rahmen seiner Berufspraxis initiieren kann, als systemstabili-sierende Verschleierung verworfen und statt dessen mit einigem Aufwand an moralischer Entrüstung und revolutionärem Pathos zum totalen Krieg gegen das Bestehende aufgerufen wird, wächst die Isolierung von der Masse der Bevölkerung und wird auf Dauer die totale Anpassung des Einzelnen an die soziale Hierarchie die zwangsläufige Folge. Die Unverständlichkeit und Maßlosigkeit der Parolen, die von den marxistischen Gruppen als Ziele des "studentischen Kampfes" angegeben werden, hat letztlich zur völligen Wirkungslosigkeit studentischer Aktionen in der Gesellschaft geführt. Mittlerweile kann sich die Politik der administrativen Eindämmung studentischer "troublemaker" auf das Einverständnis der Bevölkerungsmehrheit stützen.



Irre komischer Vorschlag

WOFUR SOLLTEN WIR UNS BINSETZEN

- Des bei uns kommunistische Autoren ihre Bücher verlegen lassen können, die sie in ihrer Heimet nicht veröffentlichen dürfen,
- daß zur Verteidigung der Errungenschaften unserer Gesellschaft nicht der Henker zuständig ist.
- daß man sich öffentlich gegen die Regierung äußern kann, ohne in eine Nervenheilanstalt eingewiesen zu werden,
- daß die Auslandskorrespondenten bei uns im ganzen Land umherreisen können, wie es ihnen paßt,
- daß unsere Wahlberechtigten zwischen mehreren Kandidaten auswählen können, daß sie ihre Stimme einem Kandidaten geben können, der öffentlich dafür eintritt, daß die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung abgeschafft wird.
- daß der Arbeiter bei uns sehr viel mehr verdient als in den nichtkapitalistischen Ländern des Kontinents.
- das wir keine Staatsreligion haben, zu der sich jeder, auch um den Preis einer Lüge, bekennen muß,
- das es bei uns eine Rolle spielt, was für eine Verfassung wir haben,
- daß wir nicht gezwungen sind, ausländische Mächte "brüderlich" zu nennen,
- daß uns das alles selbstverständlich scheint, obwohl es außerhalb unserer Gesellschaftsordnung nirgends selbstverständlich ist.



Gerd-Michael Neusen 2. Sem. iur.



Heiner Kossel 5.Sem. VWL



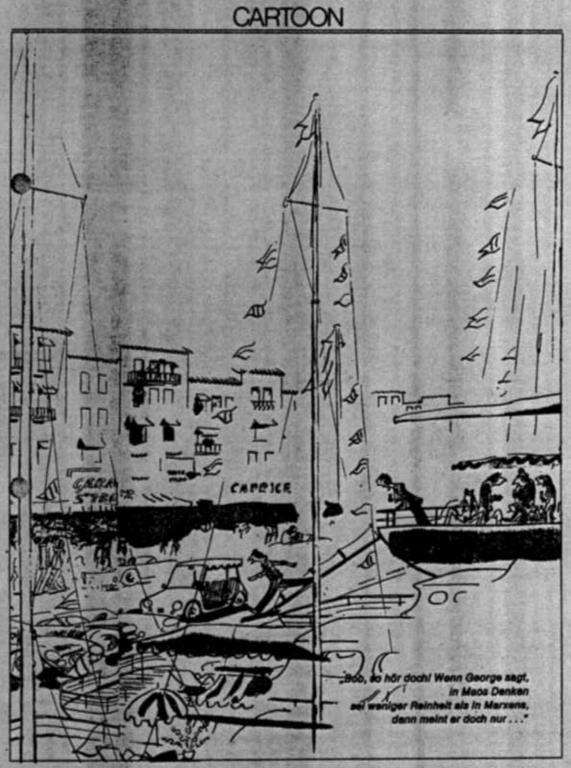
Florian Doms 6.Sem.iur.

WAHLAUFRUF

Wir fordern die Studentenschaft auf, die Bierflasche für einen Moment aus der Hand zu legen, die ermüdeten Augen von den gelehrten Büchern zu erheben, den Mann?! bzw. die Frau beiseite zu schieben, des elles, um ein Kreuz auf einen Kastan zu "achmeißen". — Zweifellos ein erhabener Akt. — Sind Sie kein großer Polit-Theoretiker? Sind Sie unsicher, was von fremdwortreichen Ergüssen zu halten ist? — Lassen Sie sich nicht ein-

schüchtern! Den Autoren geht es nicht viel besser. Die lesen schlaue Bücher, setzen dort gefundene Begriffe in immer neuer Reihenfolge zusammen und anschließend ihren Namen darunter; des öfteren schreiben sie direkt ab.

Mobilisieren Sie Ihr Unvertrauen, lesen Sie ein peer Flugblätter und entscheiden Sie sich; folgen Sie Ihrer reichen Lebenserfahrung und ihrem politischen Instinkt.





 $\mathsf{D}\mathsf{M}$

in den Asta!